

Gunsten ihrer Finanzinstitute die Regelungen des EU-Beihilferechts zu beachten, aus denen sich gegebenenfalls weitere Vorgaben ergeben können.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

107. Abgeordneter
Dr. Hans-Peter Bartels
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den Ausstieg von Siemens aus dem Partikeltherapieprogramm des Nordeuropäischen Radioonkologischen Zentrums (NRoCK) in Kiel unter technologiepolitischen Aspekten vor dem Hintergrund, dass die Entwicklung der Schwerionentherapie in Deutschland über viele Jahre am GSI Darmstadt und in Heidelberg mit erheblichen Steuergeldern gefördert worden ist sowie der Tatsache, dass Siemens die Arbeiten in Shanghai fortführen will und damit möglicherweise erneut in Deutschland entwickelte Technologie und „Know-how“ zur Verwertung ins Ausland abgegeben wird?

Antwort des Staatssekretärs Jochen Homann vom 8. September 2011

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat die Forschung und Entwicklung der Partikeltherapie am GSI gefördert. Am GSI wurde ein modernes Präzisionsverfahren zur Heilung von Tumoren entwickelt, mit dem Patienten zurzeit erfolgreich am Heidelberger Ionenstrahl-Therapiezentrum (HIT) behandelt werden.

Zentrales Anliegen der Bundesregierung ist es, dass moderne Technologien nicht nur in Deutschland entwickelt, sondern auch zum Wohle der Patienten bereitgestellt und angewandt werden.

Die Absicht von Siemens, eine Beteiligung am Partikeltherapieprogramm des NRoCK in Kiel zu überprüfen sowie das Engagement in der Schwerionentherapie neu zu bewerten, sind unternehmerische Entscheidungen, die von der Bundesregierung nicht kommentiert werden.

Des Weiteren wird auf die Beantwortung der Fragen 155, 156 und 157 durch das Bundesministerium für Gesundheit verwiesen.

108. Abgeordneter
Dr. h. c. Gernot Erler
(SPD)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung darüber, dass G36-Gewehre der Firma Heckler & Koch GmbH, die in Saudi-Arabien in Lizenzproduktion hergestellt werden, auf Waf-

fenmessen und über Internet frei zum Verkauf angeboten werden, und auf welche Weise wird die Bundesregierung auf Verletzungen von Endverbleibsklauseln reagieren?

**Antwort des Staatssekretärs Jochen Homann
vom 6. September 2011**

Der Bundesregierung sind die Presseberichte über angebliche Angebote von in Saudi-Arabien gefertigten G36-Sturmgewehren bekannt und sie geht diesen Hinweisen nach. Eine Präsentation von Rüstungsgütern im Internet oder auf einer inländischen Messe stellt keinen zustimmungspflichtigen Export dar. In der bloßen Präsentation der Güter im Internet oder auf einer Messe ist insbesondere noch kein Angebot zu sehen, die G36-Sturmgewehre ohne die Zustimmung der Bundesregierung an Dritte zu liefern. Der Bundesregierung liegen derzeit keine Erkenntnisse vor, die einen Verstoß gegen Exportvorbehalte belegen.

109. Abgeordneter
Dr. h. c. Gernot Erler
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die politischen Folgen einer unkontrollierten Verbreitung von deutschen G36-Gewehren aus der saudischen Lizenzproduktion unter den neuen politischen Rahmenbedingungen der „Arabischen Erhebung“?

**Antwort des Staatssekretärs Jochen Homann
vom 6. September 2011**

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse vor, die eine unkontrollierte Verbreitung von deutschen G36-Gewehren aus der saudischen Lizenzproduktion nahelegen.

110. Abgeordneter
Hans-Josef Fell
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Worum handelt es sich konkret bei dem „Helios Projekt“ des Bundeswirtschaftsministeriums in Griechenland (bitte um Informationen bezüglich der Ausgestaltung der Unterstützung, der Begünstigten und der ungefähren Zahl der geplanten Projekte), und welche Vergleichszahlen liegen der Bundesregierung zwischen der Solarstrahlung in Deutschland und Griechenland vor?

**Antwort des Staatssekretärs Jochen Homann
vom 6. September 2011**

Beim „Helios-Projekt“ handelt es sich um ein Konzept des griechischen Ministeriums für Umwelt, Energie und Klimawandel. Grundidee ist, die in Griechenland vorhandenen Potenziale zur Energieer-